

Antrag

**der Abgeordneten Prof. Dr. Götz Wiese, Dennis Gladiator, Stephan Gamm,
Sandro Kappe, Dr. Anke Frieling (CDU) und Fraktion**

Betr.: Geothermie als nachhaltige Energiequelle für Hamburg entwickeln

Der Schutz des Klimas und der verantwortungsvolle Umgang mit den endlichen Rohstoffvorräten ist langfristig eine der wichtigsten Aufgaben für Wirtschaft und Politik auch in Hamburg. Nachhaltige Lösungen brauchen die Innovationskraft der Wirtschaft, Technologieoffenheit und neue Wege der Politik.

In den letzten Jahren standen die Stromversorgung und neue Antriebe im Verkehr im Vordergrund. Von allen Sektoren in Deutschland hat aber die Wärme-/Kälteversorgung den größten Energiebedarf. Hier gab und gibt es den kleinsten Anteil erneuerbarer Energiequellen. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn technologieoffen alle alternativen Energiequellen genutzt werden.

In Norddeutschland und auch in Hamburg gibt es ein großes, wirtschaftlich nutzbares Energiepotenzial an klima- und umweltfreundlicher Tiefen-Geothermie (Erdwärme). Diese Energieform vermeidet den Ausstoß von CO₂ und anderen Schadstoffen. Sie verbraucht kaum Fläche, ist langfristig zuverlässig, grundlastfähig und in Norddeutschland risikoarm. Zwar entstehen am Anfang beträchtliche Kosten für die Bohrungen. Aber die Betriebskosten sind gering und für die Nutzung bedarf es keiner Erzeugungskosten. Viele Erdwärme-Kraftwerke bleiben viele Jahrzehnte im Betrieb. Damit ist Erdwärme eine nachhaltige und kostengünstige Wärmequelle. Hamburg hätte von der Nutzung der Tiefen-Geothermie große Vorteile: hohe Versorgungssicherheit, stabile, von Öl und Gas unabhängige Preise und eine deutlich höhere lokale Wertschöpfung. Hamburg bietet vom Angebot und der Nachfrage her beste Voraussetzungen, um im gesamten Ostseeraum ein Vorbild der Tiefen-Geothermie-Nutzung für die Energiewende zu werden.

Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, erkannte die große Bedeutung der Erdwärme für Hamburg und weit darüber hinaus an. Das Bundesministerium fördert das geplante Erdwärmeprojekt in Wilhelmsburg mit 22,5 Millionen Euro und macht es damit überhaupt erst möglich. Der Hamburger Senat war nämlich nicht bereit, die Bohrkosten zu übernehmen.

Auch die Hamburger Wirtschaft setzt auf die Nutzung der Erdwärme und fordert ihren Ausbau. Am Anfang stand das private Engagement eines einzelnen Unternehmers. Am 8. August 2019 beschloss das Plenum der Handelskammer ein wichtiges, ambitioniertes, realistisches Eckpunktepapier „Vorteile der Nutzung von Tiefen-Geothermie für Energiewende und Klimaschutz in Hamburg“. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hatte schon am 12. März 2018 den Antrag „Tiefengeothermie – Eine innovative und klimafreundliche Option zur Wärmeversorgung für Hamburg“ gestellt (Drs. 21/12309 und Drs. 21/15733).

Die CDU Bürgerschaftsfraktion setzt sich weiter dafür ein, die Erdwärme zügig zu einem wichtigen Pfeiler der Hamburger Wärmeversorgung zu entwickeln.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. Tiefen-Geothermie als einen wichtigen Teil einer klima- und umweltfreundlichen Wärmematrix und der Fern-/Nahwärmeversorgung der Stadt zu verstehen;
2. schon vor Abschluss der Bohrungen in Wilhelmsburg, vorsorglich mit den Untersuchungen für weitere mögliche Projekte zu beginnen. Dies gilt namentlich im Bezirk Bergedorf, wo es bereits Daten aus ehemaligen Öl- und Gaserkundungen gibt und möglicherweise bestehende Bohrlöcher nachgenutzt werden können. Zudem ist eine mögliche Nachfrage im Stadtentwicklungsprojekt Oberbillwerder zu prüfen;
3. eine Untersuchung zu beauftragen, welche gewerblichen Anwendungen als Prozesswärme, angesichts der zu erwartenden Vor- und Rücklauftemperaturen, planerisch, rechtlich und wirtschaftlich möglich sind. Dazu gehört auch der Einsatz zur Kühlung (über Wärmetauscher) für Rechenzentren;
4. einen konkreten Weg für die finanzielle Absicherung von Bohrrisiken künftiger Projekte vorzulegen;
5. bei der zunehmenden Nutzung des Erdwärme-Potenzials mit der Handelskammer Hamburg, der Erneuerbare Energien Hamburg Clusteragentur/Forum Wärme sowie Unternehmen, Verbänden und Einrichtungen in Hamburg und der Metropolregion eng zusammenzuarbeiten. Dazu gehört auch die Förderung von Maßnahmen zur Information und Beteiligung der Öffentlichkeit;
6. der Bürgerschaft bis zum 30. April 2021 entsprechend zu berichten.